

die notwendigen Veränderungen eingeleitet. Die Brigade stellte fest, daß der Flächenzuwachs des genossenschaftlichen Sektors hauptsächlich aus der Übernahme örtlicher landwirtschaftlicher Betriebe herrührt und daß der Gründung neuer LPG durch die Gewinnung von Mittelbauern wenig Aufmerksamkeit zugewandt wurde. Von den neugewonnenen LPG-Mitgliedern sind nur ein Viertel Mittelbauern. Im Plan 1958 des wichtigsten Agrarkreises, Hagenow, wurde in dem Abschnitt „Die Aufgaben der weiteren politischen und ökonomischen Festigung der LPG“ als erster Punkt die Regelung des Austritts von LPG-Mitgliedern und die Beteiligung der austretenden an kurzfristigen Krediten festgelegt. Die Genossen im Rat des Kreises orientierten sich also offenbar auf Theorien des Genossen Oelßner, der an Stelle der Festigung und Erweiterung des genossenschaftlichen Sektors in der Landwirtschaft die Auflösung noch schwacher LPG setzen wollte.

Diese Beispiele beweisen, daß leitende Genossen im Partei- und Staatsapparat weder die Beschlüsse des 30. und 35. Plenums noch die Erfahrungen der Parteiarbeit in anderen Bezirken und Kreisen ausgewertet haben. Diese Verletzung der Prinzipien des demokratischen Zentralismus führte zu Fehlern in der Leitung des sozialistischen Aufbaus.

Es ist auch kein Zufall, daß in den Bezirken und Kreisen, in denen solche Verstöße gegen die Generallinie der Partei vorgekommen sind, auch das Wesen des Gesetzes über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates und die Änderung des Arbeitsstils nicht verstanden wurde.

Genosse Walter Ulbricht sagte in seiner Rede auf der 32. Tagung der Volkskammer der DDR, daß das Neue der Maßnahmen zur Vervollkommnung und Vereinfachung des Staatsapparates in der einheitlichen Planung und Leitung sowie in der besseren Zusammenarbeit der zentralen Staatsorgane, bei gleichzeitiger weitgehender Verlagerung der operativen Leitung der Produktion an die Basis und in der bedeutenden Erhöhung der Verantwortung der staatlichen Organe in den Bezirken, Kreisen und Städten besteht.

Aber einige leitende Funktionäre in Bezirksleitungen und im Staatsapparat wollten die alten, überholten Formen der staatlichen Leitung im Bezirk konservieren. Es blieb der Brigade des ZK überlassen, mit Hilfe der Parteiorganisation im Rat des Bezirks Halle die Auseinandersetzung mit der falschen Konzeption zu führen, 50 Prozent der bisher von den Kreisen geleiteten Betriebe dem Bezirk zuzuordnen.

Die gleichen Unklarheiten über die Weiterentwicklung der volksdemokratischen Ordnung und die Rolle des Staates als Instrument des Aufbaus des Sozialismus zeigten die Genossen im Rat des Bezirks Erfurt. Dort bestand die Absicht, den größten Teil der bisher zentralgeleiteten Betriebe und eine weitere größere Anzahl von Betrieben, die bisher von den Kreisen und Städten geleitet wurden, dem Wirtschaftsrat des Bezirks zu unterstellen. Bei der von der Brigade des Zentralkomitees eingeleiteten Auseinandersetzung trat zutage, daß diese Konzeption bereits nach dem 32. Plenum von einigen verantwortlichen Staatsfunktionären und von dem Genossen Schmarje, Sekretär für Wirtschaft in der Bezirksleitung Erfurt, vertreten wurde. Sie begründeten diese Konzeption damit, daß man in den Formen der Wirtschaftsführung nicht hinter die ökonomische Entwicklung im Monopolkapitalismus zurückgehen könne. Auch Genosse Oelßner vertrat hinsichtlich des Gesetzentwurfes ähnliche Ansichten, als er die Übertragung größerer Verantwortung für die Leitung der Wirtschaft an die örtlichen Organe als „Munizipalsozialismus“ bezeichnete. Die ideolo-